

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

130 (7.6.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83504](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83504)

# Oldenburgische Volkszeitung

## Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.



Die Oldenburgische Volkszeitung (Vormals Zeitung, Danneberg Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.57 Mark; zweimonatlich 2.30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.58 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis und franco.

Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Kleinzeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen finden tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Zur Halle von Höcker, Gessert, Spreng, Kaffersberg, Betriebsleitung in unserem eigenen Betriebs oder denen anderer Betriebsstätten haben der Bezahler und Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verpachtet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint.

Nr. 130. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. Freitag, Sonnabend, 7. Juni 1919. Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Borelmann, Alsterstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

### Zu den Friedensverhandlungen. Entgegenkommen?

TU. Lugano, 5. Juni. Corriere della Sera meldet: Wilson und Lloyd George setzen die Revision des Friedensvertrages und die mündliche Verhandlung mit den deutschen Delegierten unter beständigem Protest Clemenceaus durch.

Nach einer weiteren Meldung des Corriere della Sera wird sich die Umarbeitung des Friedensvertrages für Deutschland auf viele Teile des Vertrags beziehen. Deutschland würde wahrscheinlich in allen Abschnitten Zugeständnisse gemacht werden.

X Genf, 5. Juni. Nach der Chicago Tribune ist eine Stimmung vorhanden zugunsten einer Befreiung Deutschlands an der Verarmung seiner früheren Kolonien, was auf halbe Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund schließen lasse.

X Genf, 6. Juni. Nach Pariser Meldungen sollen amerikanische und britische Finanzleute den Franzosen mitgeteilt haben, daß Frankreich nicht auf die finanzielle Hilfe Amerikas und Großbritanniens rechnen könne, wenn es der Feststellung der Entschädigung nicht zustimme.

X Genf, 6. Juni. Die Aufschubung der Antwort der Entente bis zur nächsten Woche erklären die Pariser Regierungsmänner mit der Notwendigkeit der Vermittlungsverhandlungen mit der polnischen Regierung über Polen.

Wafel, 5. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt“ von besonderer Seite aus New York erfährt, veröffentlicht die Zeitung „World“, die dem Präsidenten Wilson nahe steht, gestern die Nachricht, daß der Vizepräsident der Friedensbedingungen ernsthaft in Erwägung zieht. Der Vorschlag der Deutschen betreffend das Saargebiet ist nämlich vollen Bedenken an Frankreich anstatt Abtretung des Gebietes, wurde wahrscheinlich angenommen. Dem Vorschlag, Deutschland sei in den Völkerbund aufzunehmen, sowie dem Antrag der Kriegsschädigung von 100 Milliarden in Gold scheine man durchaus sympatisch gegenüber. Die Befreiung des linken Rheinuferes werde auf fünf Jahre herabgesetzt. Den Deutsch-Französischen werde der Anschluß an Deutschland erlaubt. In Oberschlesien werde eine Volksabstimmung unter Kontrolle des Völkerbundes stattfinden.

Jaag, 5. Juni. Aus Unterredungen mit hiesigen auf unerscherten amerikanischen Kreisen ergibt sich, daß die Amerikaner hoffen, der Lloyd-George-Erklärung, die für die Abänderung der Friedensbedingungen eintritt, zum Siege zu verhelfen. Die Änderungen, die Lloyd-George vorschlägt, seien ziemlich weitgehend und ein großer Teil der amerikanischen Delegation unterbreite sie. Man hoffe, daß Wilson die Rolle des Vermittlers zwischen beiden Parteien übernehmen werde und erwartet, daß Clemenceau dem starken Druck nachgeben muß, denn nicht nur die Engländer, Amerikaner und Italiener verlangen ein Entgegenkommen Frankreichs, sondern auch die innerpolitischen Verhältnisse Frankreichs, vor allem die Streikbewegung, drängen dazu.

### Frankreich.

Die Streikbewegung in Frankreich. WT. Versailles, 5. Juni. (Draht.) In der Pariser Streikbewegung kam es heute vormittag zu ersten Zusammenstößen. Einzelne Straßenbahnwagen wurden gewaltsam angehalten und arbeitswillige Straßenbahnangestellte von Streikenden mißhandelt. Der Verkehr wurde unterbrochen. Die Polizei griff ein, jedoch in ungenügender Zahl. Wie der „Temps“ meldet, ist gegen eine Anzahl Streikender wegen Mißhandlung der Arbeitswilligen Strafantragstellung eingeleitet worden.

WT. Versailles, 5. Juni. (Draht.) Laut Populäre steht ein neuer Streik der Versicherungs- und Bankangestellten bevor.

WT. Versailles, 5. Juni. (Draht.) Im Laufe des heutigen Tages haben 37 chemische Fabriken in dem Departement die den Betrieb einstellen müssen. Heute abend werden voraussichtlich die übrigen chemischen Fabriken in diesem Gebiete feiern.

WT. Versailles, 8. Juni. (Draht.) Heute früh wurde, wie „Sonnat“ meldet, ein Verband des Bureaupersonals aller Festungen und Zeitungsagenturen gegründet. Auch dieser Verband beschäftigt in den nächsten einzutreten.

WT. Versailles, 5. Juni. (Draht.) Der Streik im Warenhaus Prutenps ist beendet. Die Streikenden errangen einen vollen Sieg.

WT. Versailles, 5. Juni. (Draht.) Die Unterhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreikes blieben bisher erfolglos.

WT. Versailles, 5. Juni. (Draht.) Auf den Untergrundbahnen dauert der Streik an. Omnibusse und Straßenbahnen haben den Betrieb nicht

wieder aufgenommen. Nur einige Omnibusse, welche von Streikbrechern unter dem Schutze von Militärpolizisten standen, verkehrten.

Meuterei französischer Truppen in Loulouise? WT. Versailles, 5. Juni. (Draht.) Seit einigen Tagen enthalten die französischen sozialistischen Blätter Andeutungen über Zwischenfälle in Loulouise. Auch haben sozialistische Deputierte die Absicht, über diese Zwischenfälle in der Kammer zu interpellieren. Es scheint, daß die dort stehenden Regimenter gemeutert haben.

Die revolutionäre Bewegung in Frankreich. Genf, 5. Juni. Nach dem Nouvelliste de Lyon steht Frankreich vor dem Beginn einer revolutionären Bewegung. In St. Denis nahm eine Versammlung der Metallarbeiter eine Tagesordnung an, die die Regierung auffordert, ihre Pläne den Sowjets zu räumen. Die Tagesordnung besagt, daß die Regierung des Berrais an der Arbeitertätigkeit und spricht ihre Unzufriedenheit mit den Führern des Allgemeinen Arbeiterbundes aus.

### England.

Die Streikbewegung in England. WT. Amsterdam, 5. Juni. Im Vordergrund der englischen Presse steht die Postleibeamtenbewegung, die ganz England umfaßt. Bei der Massenversammlung in London am Sonntag wurde das Ergebnis der Abstimmung mitgeteilt, das 44 000 für den Streik und 4000 dagegen ergab. Berlangt wird die Anerkennung der Polizeieinheit, die von der Regierung als disziplinärführend hartnäckig verweigert wird. Da die Durchführung des Streiks die Anwendung von Waffengewalt bedingten wird, wurde der Streik verboten, da der Arbeiterdreibund, der die ganze Arbeitertätigkeit Englands repräsentiert, sich am 24. Juni für den Generalstreik zur Bekämpfung des englischen Militarismus entschieden, um ein gemeinsames und erfolgreiches Vorgehen zu sichern. Die starke Stimmung gegen Lloyd George kam in den Reden im Hydepark am Sonntag zum Ausdruck.

### Italien.

Die Streiks in Italien. Lugano, 5. Juni. Die Zahl der Ausständischen in Rom beträgt 50 000. Tram- und Straßenbahnverkehr ruhen nach vollständig. Die Hotels, Restaurants und Geschäfte haben geschlossen.

### Berschiedene Nachrichten.

Empfindliche Niederlagen Kollifats. TU. Stockholm, 5. Juni. „Blittnen“ zufolge wird die Meldung vom Fall Petersburg demeritiert. Kollifats ist nicht nur im Elden geschehen, auch im Zentrum erlitt er eine fürchterliche Niederlage, die ihn zur Flucht zwingt. Wie steht vor dem Fall. Die Sowjettruppen machten 40 000 Gefangene und erbeuteten 100 Kanonen und große Mengen Munition. Die englische Flotte verlor vergebens, die Petersburger Flotte forcierten. Eine wohlaustrüstete Arbeiterarmee vertheidigt Petersburg und treibt überall den Feind zurück.

Norwegische Lebensmittel für Deutschland. N. Christiania, 5. Juni. Nachdem Schwierigkeiten in der Bezahlungsfrage bisher das Abkommen verhindert hatten, ist nunmehr die Ausfuhr von 1 250 000 Fässern Serringen und 10 000 Tonnen Speiseöl nach Deutschland für 80 Millionen Kronen bekanntwert gefordert. Die Verschiffung soll umgehend beginnen.

Kaiser Wilhelm bleibt in Holland. N. Amsterdam, 5. Juni. Der „Telegraaf“ erfährt von gutunterrichteter Seite, daß die Gerüchte, wonach der frühere deutsche Kaiser die Absicht haben soll, Holland zu verlassen, nicht den Tatsachen entsprechen.

Vor einem bulgarisch-serbischen Kriege? Wien, 5. Juni. Die Balkan-Telegraphenagentur meldet: Ein Teil der bulgarischen Armee ist bereits mobilisiert und an die serbische Grenze dirigiert worden. Wie es heißt, wird von den Bulgaren nur der geeignete Zeitpunkt abgewartet, um die Serben anzugreifen.

Ein Explosionsunglück in Amerika. WT. Wilkesbarre (Pennsylvania), 6. Juni. In einem Tunnel wurden durch die Explosion einer Pulverladung, die sich in einer an einem Arbeiterzug angehängten Bohre, 100 Bergarbeiter getötet und 50 verwundet.

Explosion eines Munitionsdepots. WT. Brüssel, 5. Juni. (Draht.) Der „Sonnat“ teilt mit, daß ein großes Munitionsdepot bei Cortemar in die Luft geseht ist. Mehrere Personen sollen getötet und verwundet sein.

Kleine Nachrichten. Der von den Franzosen verhaftete Präsident der heftigen Volkskammer, Adolphe, sowie einige Abgeordnete, die in Mainz verhaftet worden waren, sind über den Rhein abgehoben worden. Gegen die Verhaftung des bayerischen Abgeordneten Kleenen durch die Franzosen protestierte der bairische Landtag.

Nach einer Meldung des „Handelsblad“ aus London ist die Türkei eingeladen worden, Vertreter nach Paris für die Friedensverhandlungen zu entsenden. Wie der L.A. aus Paris berichtet, ist Cochin in Vollziehung des landgerichtlichen Urteils am Donnerstag vormittag erschossen worden. Das Oelaministerium hatte eine Begnadigung abgelehnt, da Devien die Hauptschuld am Bürgerkrieg in Mönchen trägt.

Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei protestieren gegen die deutschen Vorkämpfe an die Alliierten. Petersburg wird von schwerer Artillerie der Alliierten und estnischen Truppen beschossen. Eine Massenflucht aus der Stadt hat eingesetzt.

Die nächste Sitzung der Nationalversammlung wird wahrscheinlich wieder in Weimar stattfinden. Ueber den Termin ist nichts bekannt. Angesichts der politischen Lage rechnet man mit einer plötzlichen Einberufung.

Sn der Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung hielt am Donnerstag Reichsminister Erberger einen Vortrag über die Friedensverhandlungen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Eine untrübnliche Abordnung erschien in Petersburg und bot den Polen einen Waffenstillstand an. Die Verhandlungen haben jedoch noch nicht begonnen.

### Deutsches Reich.

Für die Erhaltung der katholischen Schule in Bremen. Unter Herrn Huesmanns Leitung hatten sich am Dienstag zahlreiche Katholiken Bremens im kleinen Saal der Zentralhallen eingefunden. Herr Schwaerte ergriff zunächst das Wort und führte, nach dem „Brem. N.“, aus, die heute geplante unentgeltliche Schule sei ein Phantom, da man auf Grund der Berechnung Dr. Heß Bremen durch die Unentgeltlichkeit fast der bisherigen 7 Millionen 70 Millionen brauche. Das sei undenkbar, weil heute das Gesamtbudget nur 82 Millionen betrage. Wenn weiter die sozialistischen Pläne die Weltlichkeit der Schule forderten, so heiße das aber Kulturvermittlung durch die Schule die Grundlage nehmen. Die Erziehung der Kinder dürfe allein durch die Eltern bestimmt werden, und Eltern hätten die Pflicht, nicht nur zum Wissen, sondern auch zu rechter Stimmung zu erziehen. Wenn nun katholische Eltern solche Erziehung nur im Geiste des katholischen Bekenntnisses gewährleisten könnten, so habe Gemeinde und Staat die Pflicht, die nötige Ergänzung der elterlichen Erziehung durch eine solche Schule zu geben, die im Geiste der elterlichen Wünsche arbeite. Das Recht der Kirche zur Beeinflussung der Schularbeit liege in der Geschichte. Auch die bremische Gemeinde habe sich ihre Schule selbst gegründet und ausgebaut. Die staatliche Unterstutzung von 2000 A für jede Klasse seit 1909 sei aus Nützlichkeitgründen gewährt, könne und müsse aber als gutes Recht gefordert werden. — Herr Pastor Lange wußte im Kampf der Bestandsaufgaben die durch Religion allein gestiftete und bewährte Erziehung der Kinder erhalten müssen. Eine solche Erziehung der Kinder müsse die Menschheit zugrunde geben, wie sie jetzt schon durch Materialismus und Dammionismus zum Zusammenbruch gekommen sei. Dafür gebe es keinen Ersatz. Eine vergleichende Religionsgeschichte werde gerade ein Schlüssel für die alte Paterfrage: „Dud est veritas?“ haben, niemals aber das Schöne und Bessere des Menschenseins beantworten können. Die Morallehre aber sei hehl und nichtig. Nur ein lohnendes und strafendes Gott könne ein sittenreines Leben lehren und veranlassen, vor einem autonomen Moralgelehrer im Menschen müsse man nach heutigen Tagen ein Grauen haben. Die Schule könne nur dann ihre hohe Aufgabe erfüllen, wenn sie gestützt auf Religion und Moral die heranwachsende Generation erziehe. — Herr Schwaerte ergriff die gleiche Forderung im Namen der katholischen Bekenntnisse. Herr

Schulte ebenso für die katholischen Arbeiter. Auch Frau Fuhs und Herr Kallmeyer stimmten inhaltlich den Rednern bei. Herr Huesmann sieht in der demokratischen Freiheit die Pflicht des neuen Staates, den Willen der katholischen Eltern zu erfüllen und legte der Versammlung zwei Resolutionen vor, die beide einstimmig angenommen wurden. Die Versammlung drückt darin aus, daß die Schule ihre Erziehungsaufgabe zum sittlichen Charakter nur auf konfessionell-religiöser Grundlage erfüllen könne, und daß man dem bremischen Staate hoffe, er werde den Katholiken ihre konfessionelle Schule lassen.

Betriebszulagen für die Eisenbahn- und Reichspostbeamten. Das preussische Staatsministerium hat sich, wie uns mitgeteilt wird, damit einverstanden erklärt, daß die mit der Neuordnung der Kriegszulagen weggefallene Betriebszulage den im Außendienst beschäftigten Beamten der preussischen Eisenbahnverwaltung neben der neu festgesetzten Kriegszulage nachgezahlt wird. Ebenso sollen den an der Betriebszulage beteiligten gewählten Beamten des Innenministeriums aus dem entsprechend veränderten Remunerationssystems Zuwendungen in gleicher Höhe beigemacht werden. Der Herr ist in dem Falle, in denen Beamte nach der Aufhebung der Kriegszulagenzulage weniger beziehen, als die bisherigen Kriegszulagen zuzüglich der Betriebszulage ausmachten, der Unterchied nachzugeben. Die Reichs-Post- und Telegraphenbeamten haben nun in einer Eingabe gebeten, die Weitergewährung der Betriebszulage im gleichen Umfang und unter gleicher Berücksichtigung der Beamten des Innenministeriums wie bei der Eisenbahn, sowie die Gewährung einer Ausgleichsschuldung für die bei der Aufhebung der Kriegszulagenzulagen entstandenen Mindereinnahmen vom 1. März ab in die Wege zu leiten. Wie wir hören, dürfte diesem Antrag Folge gegeben werden.

Ausgabe der Briefmarken zur Erinnerung an die Nationalversammlung. Die Briefmarken zur Erinnerung an die Nationalversammlung werden am 1. Juli ausgegeben. Zunächst erhält aber jeder Käufer nur kleine Mengen, etwa bis zu zehn Stück von jeder Art. Später werden sie in unbeschränkter Menge zur Verfügung gehalten und auch Bestellungen entgegengenommen. Die Marken gelten nur im Reichsgebiet, in Bayern und Württemberg nicht aber im Ausland. Die 6-Marken, wie sie amlich heißen, kommen in den Marken zu 10, 15 und 25 Pf. neben den Gerniamarken von 1902 zur Ausgabe. Sie sind etwas größer als die letzten, 25:31 statt 22:28 Millimeter. Die Marke zu 10 Pf. stellt eine Eiche nach dem Entwurf Hugo Franks dar. Die Fünfpennigsmarke gibt einen Eichenstamm mit jungen Trieben nach dem Entwurf von Ernst Behm wieder. Die Marke zu 25 Pf. zeigt einen knienenden Bauhandwerker nach dem Entwurf von Mathep.

Zentrum und Schulfrage. Nach den Beschlüssen erster Lesung des Verfassungsaususses ist in dem Verfassungsentwurf in § 31 d eine Bestimmung aufgenommen, die die obligatorische Einführung bzw. Zulassung von Simultanschulen vorieht. Die Zentrumsfraktion wird sich mit einer solchen Bestimmung nicht einverstanden erklären können, weil sie im Widerspruch steht mit den Grundbegriffen der Partei. Um eine Änderung dieser Bestimmung herbeizuführen, bereitet die Zentrumsfraktion, wie wir hören, für die 2. Lesung des Verfassungsaususses einen Abänderungsantrag vor, der in der Verfassung Grundbegriff des Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder durch die Schule festlegt und grundsätzlich Anerkennung des Rechtes auf Privatschulen verlangt. Ohne diese Änderungen wird die Zentrumsfraktion kaum in der Lage sein, dem Verfassungsentwurf zustimmen zu können, selbst auf die Gefahr hin, die politischen Konsequenzen daraus ziehen zu müssen.

Das Reichsverfassungsverfahren. In all den Wirrnissen und Stürmen dieser Monate haben die gewählten Vertreter des deutschen Volkes ihr großes Ziel nicht aus dem Auge verloren, dem Neubau des Reiches den Grundstein durch die demokratische Umwidmung seiner Verfassung zu geben. Seit dem 4. März wurden in Weimar und zuletzt in Berlin die genialen Fülle des Staates und die unabhingigen neuzeitlichen und neuzeitlichen Probleme, die sich durch die Umgestaltung der Verhältnisse der Schaffenstraf des Gesetzgebers darbieten, vom Verfassungsausschuß der Nationalversammlung in erster und unermüdlicher Arbeit durchgearbeitet. Die erste Lesung ist nunmehr abgeschlossen. Alle Voraus-

Nach wird die zweite Lesung des Entwurfs noch in dieser Woche zu Ende geführt werden, so daß die Nationalversammlung der Arbeit ihres Ausganges sehr bald die Sanktion erteilen und damit dem deutschen Volke den Grundriss seiner Zukunft übergeben wird.

Hauptstück nach drei Richtungen betreffen sich im Verfassungsausschuss die Gedanken der Mitarbeiter den großen Wert. Zunächst ist im Ausschuss eine freie Stellung zur Erweiterung und Kräftigung der Reichsgewalt herangezogen. Sodann wird gegenüber den alten Vorstandsrechten das demokratische Gesetz der Volksgemeinschaft in der Verfassung proklamiert, und schließlich wurden die ethischen Rechte und Pflichten des Einzelnen in den Grundrechten mit Vorbedacht und Nachdruck zugleich im Entwurf betont.

Bei der Stärkung der Reichsgewalt hat der Artikel 15, der von der territorialen Gliederung des Reiches handelt, eine über die Regierungswort hinausgehende Gestaltung erfahren, die in der zweiten Lesung dadurch abgemildert werden soll, daß staatliche Neubildungen nicht durch ein einfaches Reichsgesetz, sondern durch ein verfassungsbildendes Reichsgesetz beschlossen werden können. Ferner ist bedeutsam, daß Post- und Telegraphenwesen und Württemberg nicht, wie der Entwurf wollte, dem Reich übergeben werden können, sondern daß sie auf das Reich übergehen und daß die Leherrnämter im Wege der Veräußerung bis zum 1. April 1921 erfolgen muß. Noch wichtiger ist, daß die gesamten Staats- und Landesbeamten im Wege der Veräußerung ebenfalls bis zum 1. April 1921 übernommen werden sollen, während der Entwurf hierfür eine nicht so bestimmte Regelung wählte hatte. Schließlich sind die Sonderrechte der süddeutschen Staaten über die Besteuerung von Bier und andere Erwerbsteuern aufgehoben worden. Diese und andere Erweiterungen der Kompetenzen der Reichsgesetzgebung auf zahlreiche Materien, die bisher der einzelstaatlichen Gesetzgebung unterlagen, sind ein Beweis für den im Verfassungsausschuss einmütig bezugenen Reichsgebanten und für die Absicht, der Reichseinheit durch Verfassung eine kräftige Bindung zu geben.

Die demokratische Umbildung unseres Staates findet man in der neuen Verfassung überall vollzogen. Sie befindet sich in der ersten Lesung u. a. durch die Bestimmung, daß der Reichstag selbst den Schluß der Legislaturperiode und den Tag des Wiederzusammentritts des Parlaments bestimmen darf.

Die verprügelten rheinischen Hochverräter.

WTB. Berlin, 5. Juni. Das V. Z. meldet aus Frankfurt a. M.: Der Präsident der Rheinischen Republik, Dorten, verfuhr gestern abend, mit seinem nangeblichen Kabinett durch einen Handreich von der Regierung in Wiesbaden, den Reich zu ergreifen. Er beabsichtigt den freien Nachmittags der Beamten, um in das Regierungsgebäude einzubringen. Er ordnete als erste Amtshandlung die Hinführung der weiß-grünen Fahne an, die er gleich mitbrachte, doch konnte der Befehl nicht ausgeführt werden, weil man nicht den Aufzug zum Dachsaal fand. Inzwischen vertrieben sich die Kunde des beschimpften Putsches. Eine große Menschenmenge sammelte sich um das Ausdrucksbefestigte Empörung vor dem Gebäude an, handelte die Leute drängen in das Gebäude ein und verprügelten die Minister furchtlich, so daß einige von den Verletzten den ersten Verband erhalten und ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Nur Worten kam glimpflich ab, weil er sich im Regierungsgebäude versteckt und sich später durch die Türe rettete. Bemerkenswert war bei den Vorgängen die Haltung des französischen Militärs. Die Wache vor dem Regierungsgebäude beobachtete volle Neutralität. Auch der Kommandant von Wiesbaden, Pinos, erklärte, sich nicht in die Vorgänge einzumischen zu wollen, nur müsse auf der Straße die Ruhe bewahrt bleiben.

WTB. Berlin, 5. Juni. Seitens der Franzosen wird zur Unterzeichnung der Loslösungsbestrebungen in der Rheinprovinz geschickte u. a. verbreitet, daß nach erfolgter Ausräumung der Republik die Wehrpflicht (!) auf den Friedenszeitpunkt festgesetzt würden, ebenso die Lebensmittelpreise. Der Markkurs würde sofort auf 1,23 Mk. festgesetzt werden. Amerikaner und Engländer haben in den von ihnen besetzten Gebieten jede Förderung der Loslösungsbestrebungen verboten und erkennen nur die jetzige deutsche Regierung an.

Leinert reist von Versailles nach Hannover.

WTB. Versailles, 5. Juni. (Draht.) Präsident Oberbürgermeister Leinert reiste heute abend zu einem aneignischen Aufenthalt nach Hannover.

Die Erzbergerhehe der Alldutschen.

WTB. Berlin, 5. Juni. (Draht.) Die Dtsche. Tagesztg. verbreitet die Nachricht, daß Reichsminister Erzberger die Herausgabe eines Memorandums, das für die Unterzeichnung der feindlichen Friedensbedingungen eintritt, vorbereitet, um dadurch für die Annahme der Bedingungen Stimmung zu machen. Es ist absolut unwahr, daß Reichsminister Erzberger die Herausgabe eines deutschen Memorandums plant und für die Unterzeichnung der Friedensbedingungen Stimmung zu machen sucht.

Baldige Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen?

Basel, 5. Juni. Offiziell wird gemeldet, daß Clemenceau den französischen Arbeiterführern bei seinem Empfang erklärte, daß die deutschen Kriegsgefangenen sofort nach Unterzeichnung des Vertrages heimbekehrt werden. Frankreich beabsichtigt keineswegs, eine neue Form der Sklaverei einzuführen.

Oldenburg. Die Kriegsteuerungszulagen für Geistliche

Als im März d. J. der Anteil unserer Diözese für die Zeit nach dem 1. Januar 1919 neu geregelt und festgesetzt worden, nachdem die Zulagen für die Staatsbeamten schon erhöht worden sind. An den vom Generalvikariat herausgegebenen Grundrissen und Bestimmungen heißt es unter 1.:

Sämtlichen Geistlichen soll eine laufende Kriegsteuerungszulage hinsichtlich in Ansehung an die staatlichen Grundbesitze gewährt werden, also den Geistlichen, und zwar Pfarrern und Hilfsgeistlichen mit eigenem Hausstand bei einem Einkommen bis 4800 Mk. eine Zulage von 1800 Mk. (in Feuerungsorten 2040 Mk.), bei einem Einkommen über 4800 Mk. eine Zulage von 1500 Mk. (1920 Mk.), ohne eigenen Hausstand bei einem Einkommen bis 4800 Mk. eine Zulage von 1344 Mk. (1632 Mk.), bei einem Einkommen über 4800 Mk. eine Zulage von 1248 Mk. (1536 Mk.). Bei den Hilfsgeistlichen, die freie Verpflegung beim Pfarrer oder in einer Anstalt haben, wird nach den besonderen Verhältnissen zu entscheiden sein, in welcher Höhe die Zulage zu bewilligen ist. Hierbei ist natürlich zu berücksichtigen, daß die Gewährung der Verpflegung bei der heutigen Tenierung zweifellos einen erheblichen Verbrauch und infolgedessen schon eine Zulagenzulage in sich schließt. Den Pfarrern, die stiftungs- oder vereinbarungsgemäß einen Hilfsgeistlichen ohne besonderes Entgelt beschäftigen, ist billigerweise eine Entschädigung zu gewähren. Die Deckung der Zulagen müssen die Kirchengemeinden übernehmen. Die weniger leistungsfähigen Gemeinden erhalten hierfür einen Zuschuß.

Im oldenburgischen Anteil der Diözese, wo die Kriegszulagen der Beamten aus wiederholt neu geordnet wurden, die Gehälter der Geistlichen aber mit einigen Ausnahmen an die in Westfalen üblichen Sätze längst nicht herantreten, hat man bisher von Zulagen in der Höhe, wie sie für die Geistlichen in Westfalen vorgelesen sind, noch nichts gehört. Es handelt sich hier meistens nur um ganz bescheidene Summen, wenn überhaupt eine Zulage bewilligt wurde. Vielleicht liegt das daran, daß die Geistlichen in ihrer Selbstbehalt keinen Antrag auf Zulage stellen, die Gemeinden aber aus diesem Grunde zu der falschen Ansicht kommen, daß das Gehalt der Geistlichen so groß ist, daß auch trotz der Kriegsteuerung noch keine Zulage nötig sei.

Gleichstellung der Eisenbahnarbeiter im Lohn.

Eine Eingabe der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter (Christliche Gewerkschaft) an die Landesversammlung weist mit Recht auf den unzulässigen Zustand der noch geltenden Stufenlöhne hin. Die Stundenlöhne zwischen Nord und Süd ein Schwanken zwischen 50 und 45 Pfg. Ein Arbeiter, der dieselbe Arbeit leistet, erhält also in Holdorf 14 Pfg. weniger als in Veimendorf. Das ist unter den jetzigen Umständen völlig unberechtigt. Der früher stets gemachte Einwand, im Süden sei die Lebenshaltung billiger als im Norden, entspricht in keiner Weise mehr den Tatsachen. Die Zeit ist vorbei, wo es gangbar war, den Süden immer an die letzte Stelle zu setzen. Wir fordern deshalb, daß die Gleichstellung der Löhne mindestens dahin erfolgt, daß die für den Norden geltenden Höchstlöhne auch im Süden gelten werden. Nach unserer Kenntnis wird der Landtag dieser Forderung beitreten.

Aus demoldenburg. Münsterlande, 7. Juni.

Die Zahl der beim Kriegereinführungsverein einlaufenden Unterstufungsgeldeste wird immer größer. Leider sind die Mittel des Vereins, verglichen mit dem Gesamtbedarf, aus dem ganzen Lande, nur recht bescheiden. Das ist unumkehrbar zu beklagen, als eine baldige gründliche Verbindung der Land- und Wohnungszulage für die Besetzung unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse von größter Bedeutung ist. Wer es irgend vermag, sollte auch in der gegenwärtigen Zeit der gegenwärtigen Arbeit dem Kriegereinführungsverein immer neue und reiche Mittel zur Verfügung stellen.

Die Dtsche. 4. Juni. Am heutigen Tage seien die Gabeln Wogenärter Bernhard Seelhoff in Schwage das Fest der Silbernen Hochzeit. — Sonntag brachte die Kollekte für den Danfalsverein in die Summe von 2000 Mk. — Am 2. Pfingsttag wird der katholische Gesellenverein einen Ausflug zum Wirt Niesfeld in Schwage machen. Der Abmarsch erfolgt um 2 Uhr vom Vereinslokal (Gesellenhaus).

Cappeln, 6. Juni. Am 8. Juni (1. Pfingsttag) 4 Uhr findet eine Verammlung des Gemeindevorstandes der Zentrumsorganisation Cappeln in Varelmanns Wirtschaft statt.

Oldenburg, 6. Juni. Der Verein beschuldigter Kriegsteilnehmer für Oldenburg und Umgebung hält am nächsten Dienstag ansehend an die Auszahlung der Entlassungsgelder durch das Bezirkskommando in A. Diehmans Osthaus eine Verammlung ab.

Oldenburg, 6. Juni. Der Zuckerkaff für den Monat Juni gelangt mit 1 Pfd. pro Kopf von Sonnabend dieser Woche ab zur Verteilung.

Oldenburg, 5. Juni. Unter großem Interesse ist vorgestern das Dach eines Stallgebäudes an der Mühlstraße zusammen — für den Besitzer ein nemenswerter Schaden.

Oldenburg, 4. Juni. In der gestrigen Sitzung des Magistrats und Stadtrats wurde der Bürgermeister mit 8 gegen

4 Stimmen zum Vorstehenden des Kollegiums gewählt. Für anbergehende Sitzungen wurde Herr St. M. War Meyer als Vorsitzender bestimmt. Das Kollegium beschloß, die Bezirksgemeinde Oldenburg-Kloppenburg in Oldenburg zur Grenze zu qualifizieren unter der Bedingung, daß der Staat einen Zuschuß zahlt und der Amtsverband die Ausgaben übernimmt. Ebenso soll der beabsichtigte Ausbau der bereits beschlossenen Hauptstraßen erfolgen. Einige Besuche städtischer Arbeiter um Bewilligung von Feuerungsstellen wurden bewilligt. Bürgermeister Dr. Heunig machte über die Verteilung der Ferkel, welche der Stadt für minderbemittelte Bürger zur Verfügung gestellt werden, ausführliche Mitteilungen und betonte, daß diesfalls die Mittelungen, wonach einzelne bevorzugt werden, im Umlauf seien, die jeder Begründung entbehren. Jeder sei es ganz unmöglich, alle Wände des Publikums zu beschließen, zumal fast ausschließlich eine unzureichende Zahl Ferkel zur Verteilung gebracht werden können. Hierfür möge man in der Bürgerkassendirektion nachsehen.

Nikolausdorf, 5. Juni. Der Rat, Kapellenbauverein Nikolausdorf-Verband, e. V., hielt am vergangenen Sonntag eine zahlreich besuchte Generalversammlung ab. Trotz der Unannehmlichkeiten der Zeit ist fast ausschließlich der Verein festzuhalten und unversehrt für den Verein zusammenarbeiten. Die Gaben aus dem Kreise der Bekannten und Verwandten der Kolonisten sind bereits zu einer namhaften Summe angekommen. Allen hochherzigen Gebern sei noch einmal von dieser Stelle ein herzliches „Gott vergelt!“ zugewendet. In der Woche nach Pfingsten wird den Gemeinden, die bisher noch nicht gegeben haben, Gelegenheit geboten werden, ihr Erscheinen zu unserm Bau an den Mann zu bringen. Wer ungenügend überschrieben werden sollte, wolle seinen Beitrag an den Kassierer des Vereins, Lehrer Meyer-Nikolausdorf, senden. Die Geschäftsstelle dieser Zeitung ist auch gern bereit, Gaben zu übermitteln.

Friesohofe, 4. Juni. In dieser Gemeinde haben die Vorstände der Bauerschaftsbünde als Gemeindevorstand den Gemeindevorstand des Dorfes als Gemeindevorstand des Dorfes Friesohofe gewählt. Er besteht aus sechs Personen, die zu je zwei den drei Gruppen entnommen sind. Auch wurde ein Schlichtungsausschuss aus vier Personen (zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer) gewählt. Ehrenmitglied im Gemeindevorstand und Vorsitzender des Schlichtungsausschusses ist Herr Pastor Meyer. Aus den sechs Gemeindevorstandsmitgliedern sind drei Mitglieder in den Amtsbezirksrat zu wählen, da jede Gemeinde drei Mitglieder aus ihrem Gemeindevorstand in den Amtsbezirksrat haben soll. Mit den Aufnahmen der Arbeiter ins Verbandsbuch ist begonnen. Es werden nach und nach in den nächsten Wochen in allen Gemeinden die Aufnahmen vorgenommen. Deshalb ist es nötig, daß schon sofort die Interessenten sich melden, bei den betreffenden Vertrauensmännern der Bauerschaften. Der Wollkürsus war hier von etwa 50 Personen besucht. Es waren die verschiedensten Wollen von der schlechtesten (haarigen) Selbstschmudnwolle bis zur Merinowolle ausgefellt. Eine Reihe von Schafen waren zur praktischen Wollbeurteilung ebenfalls ausgefellt (Ostfriesen, Heidschunder, Rheinische, Kreuzung von Rhön-Heidschunde).

Lönigen, 4. Juni. Eingeboren wurde in einer der letzten Nächte bei einer Witwe im nahen Angelbeck. Beim Durchsuchen des Hauses kam man auch in die Schlafkammer, wo die Witwe mit den Kindern sich befand. Die Diebe ließen sich dadurch jedoch nicht im geringsten einschüchtern, suchten ruhig weiter und nahmen zwei Schinken, zwei Sellen Speck, eine Anzahl Würste, eine Menge geräucherter Speck, Eier, Butter und Schmalz mit sich.

Wideshausen, 4. Juni. An der Rotenbühne wurden drei Männer dabei erfaßt, wie sie ein Kind des Ackerbauers Varnhorn, das durch Schuß getötet war, in Stücke zerlegten. Leider hat man die Spisshuben, welche man in Richtung Harpstedt verfolgte, nicht gefaßt. — Unsere Schützenliste hat beschlossen, in diesem Jahre das alte Schützenfest nicht zu feiern.

Wideshausen, 5. Juni. Eisenbahnunfall. Ein Pflast wählte von einem Eisenbahnunfall bei Dünkrup zu berichten, wobei angeblich Personen schwer verletzt, ja sogar drei getötet sein sollten. Der Bericht ist recht stark übertrieben. Es handelt sich um einen Güterzug, der infolge Aufschlusses eines Wagens zum Halten kam. Es entgleiste nur der eine Güterwagen, wodurch die Strecke dann allerdings einige Stunden gesperrt war und der Personenverkehr durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten werden mußte.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 7. Juni.

(-) Eine Dieb, der einen größeren Packertrag, wurde dieser Tage von dem Schulwart der Mädchenkule an der Blumenstraße gefaßt. Der Fremde warf den verdächtigen Packer fort und floh. Der Packer enthielt Kleidungsstücke und Schwaren, die aus einem Diebstahl an der Blumenstraße herrührten. Dort war bei einem Anwohner eingebrochen worden. Dem Bestohlenen kamte der größte Teil des gestohlenen Gutes wieder zurückgestellt werden. Mit einem Mantel, den der Dieb gleich angezogen hatte, ist er jedoch entkommen.

b. Im Augustum hat in den letzten Tagen der Verkauf der dem Großherzog gebührenden Gemälde und Kunstgegenstände stattgefunden. Hierzu waren viele auswärtige Käufer, u. a. aus Bremen erschienen. Sämtliche Gegenstände gingen für sehr hohe Preise in andere Hände über. Viele wurden nach auswärts verschickt.

b. Die Wohnungsnot wird hier immer größer. Zurzeit gibt es hier 80 Familien, für die die Wohnungsnot beschaft werden müssen. Es bleibt nichts anderes übrig, als weitere Kaserne für Wohnungen einzurichten.

Jeverland und Jabelstädte.

Jever, 4. Juni. Amtsbauptmann Dr. Hillmer hat sich vorgenommen, den Beamten und Angehörigen des Amtes Rüstingen, die mit auf die Stadt Rüstingen übergeben, vorbeschrieben. Er wird nun die Leistung des Amtes Jever übernehmen.

Neueste Nachrichten.

Scheidemanns Eintreten für Weiden kam zu spät.

II. Bamberg, 6. Juni. (Draht.) Besten ist beim bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann folgendes Telegramm des Reichsministerpräsidenten Scheidemann eingetroffen:

Wenn auch ein amtlicher Schritt weder möglich noch beabsichtigt ist, so möchte ich doch die persönliche Bitte aussprechen, daß die Vollstreckung gegen Weiden und evtl. gegen Tölz aufgeschoben werde, bis eine vorherige mündliche Ausprache zwischen mir und Ihnen stattgefunden hat.

Weiden noch die gewünschte Ausprache stattfinden konnte, war das Urteil gegen Weiden, um dessen Begnadigung Scheidemann sich bemühen wollte, bereits vollzogen.

Ministerpräsident Hoffmann hielt sich seit einigen Tagen in Familienangelegenheiten in der Schweiz auf. Er hat bei der Bestätigung des Todesurteils nicht mitgewirkt.

Eine neue Sitzung des Friedensauschusses.

II. Berlin, 6. Juni. (Draht.) Wie die Z. B. hört, wird morgen der Friedensauschuss der Nationalversammlung nach längerer Pause wieder zu einer Sitzung zusammentreten. Die Vertreter der Regierung werden in dieser Sitzung über den gegenwärtigen Ernst der Friedensfrage Mitteilung machen.

Änderung der Haltung der englischen Seelente.

TU. Amsterdam, 6. Juni. (Draht.) Wie in einem Telegramm aus London berichtet wird, dürfte sich der englische Transportsarbeiterverband in seiner nächsten Versammlung in Swansea mit der Frage der Wiederaufhebung des internationalen Zusammengehens befassen. Die Vereinigung der Seelente und Heizer fühlt keine allzu starke Neigung nach einer Veränderung mit den Deutschen, da überhaupt ihre Abneigung gegen die schon vom ersten Tage des Krieges an bestand. Der Vorhänger erklärte, daß, nachdem sich die Deutschen von der Schuld ihrer früheren Herrschaft und der Militärpartei am Krieges überzogen hätten, die Engländer ihren früheren Gegner nunmehr wieder freundschaftlich die Hand brüchen könnten. Harold Wilson sprach sich in scharfer Weise gegen eine solche Verführung aus. Gerlon betonte, daß Wilson nichts anderes als seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht habe, die nicht die Ansicht der Konferenz zu sein brauche. Thorne erwiderte Wilson den Satz, den Gang der Dinge abzuwarten.

Zu den Friedensverhandlungen.

TU. Luga, 6. Juni. (Draht.) Ein Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“ schreibt an, daß die Genen-Friedensverhandlungen auf allen Gebieten ein gewisses Entgegenkommen finden werden, selbst in der Frage der Kolonien, indem Deutschland namens des Völkerbundes die Verwaltung eines Teiles seiner Kolonien übernehmen sollte.

TU. Versailles, 6. Juni. (Draht.) Sämtliche Pariser Morgenblätter melden übereinstimmend, daß der Viererakt gestern in zwei langen Sitzungen zu einer Verständigung gekommen ist. Lloyd George hat Clemenceau und Wilson zu neuen Wendungen des Vertrages bewegen. „New York Herald“ schreibt: Die schwere Krise, die Mittwoh gegeben hat, ist gestern überwunden worden. Die Kommissionen sind vom Viererakt beauftragt worden, ihre Berichte bis Montagabend fertigzustellen. Die Antwort an Deutschland werde dann frühestens Donnerstag, wahrscheinlich erst Freitag nach Versailles gefaßt werden.

Aus der Luzemburger Kammer.

TU. Amsterdam, 6. Juni. (Draht.) Wie Haag berichtet, hat die Luzemburger Kammer den 25. August zum Referendum mit 25 gegen 16 Stimmen verworfen, da man erst die von Frankreich und Belgien gestellten Bedingungen abwarten will.

Weitere Prozesse gegen die Revolutionshelden

TU. München, 6. Juni. (Draht.) Wie die Morgenblätter melden, verurteilte das Landgericht die beiden Leiter des Weltrevolutionärs Conrad und Mühlbauer zur gefänglichen Arbeit befristet auf 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Das Gericht erkannte an, daß die beiden mit größter Mißde und Unfug vorgegangen sind und eine Reihe von blutigen Opfern verurteilt haben.

TU. München, 6. Juni. (Draht.) Heute beginnen in Würzburg die Verhandlungen gegen die Mörder gegen Königshofer verhandelt. Mitternacht beginnt der Prozeß des Reichsministerpräsidenten Scheidemann gegen die „Neue Zeitung“ der U. S. P. in München.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Buchdruck und Verlag: Buchtr. Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (U. Sommerfeld, Reiner), Buchtr.



